

228-44802

Referatsleiter: MR. Dr. Müller

Frau Leiterin Leitungsstab

im Hause- wegen Eilbedürftigkeit
unmittelbar zugeleitet -Betr.: Aktuelle Finanzentwicklung der gesetzlichen KrankenversicherungBezug: Bitte von Frau LLS um kurzfristige Bewertung aktueller Äußerungen von MdB SeehoferI. Sachstand:

Lt. Presseberichten vom 10.08.2002 rechnet MdB Seehofer in der GKV im Jahr 2002 mit einem Defizit von mindestens 2 Mrd. €. Vor diesem Hintergrund drohe ein weiterer Beitragssatzanstieg zwischen 0,2 und 0,5 %- Punkten.

II. Stellungnahme:

Die Äußerungen von Herrn Seehofer sind spekulativ und entbehren z. Zt. jeglicher Grundlage.

Finanzentwicklung

Eine Finanzprognose kann derzeit nur auf der Basis der letzten Eckdaten des gemeinsamen Schätzerkreises und GKV-Spitzenverbänden und BVA von Mitte Juni abgegeben werden.

Die Perspektive für ein vom BMG derzeit öffentlich vertretenes insgesamt ausgeglichenes Finanzergebnis in 2002 beruht danach auf folgenden nachvollziehbaren Annahmen: 2001 gab es auf der Grundlage der endgültigen Jahresrechnungsergebnisse ein

0049 0228 9414961

- 2 -

Defizit von rd. 3 Mrd. € (vorläufige vom BMG Anfang März vorgestellte Finanzergebnisse ergaben Defizit von ca. 2,8 Mrd. €). Durch die Beitragssatzanhebungen von jahresdurchschnittlich rd. 0,4 Beitragssatzpunkten erhält die GKV im Jahr 2002 Mehreinnahmen von ca. 3 1/2 Mrd. €; ihr stehen damit ca. 0,5 Mrd. € mehr als zum Ausgleich des Defizits 2001 rechnerisch erforderlich sind, zur Verfügung. Nach Einschätzung des gemeinsamen Schätzerkreises von BVA und GKV-Spitzenverbänden (Anlage 1) werden für das gesamte Jahr 2002 Ausgabensteigerungen von + 2,8 % und ein Anstieg der beitragspflichtigen Einnahmen von + 2,2 % erwartet. Wenn die Ausgaben um 0,6 Prozentpunkte stärker steigen als die beitragspflichtigen Einnahmen resultiert daraus ein zusätzlicher Finanzbedarf in einer Größenordnung von ca. 0,7 Mrd. €. Insofern erscheint auf der Grundlage der neuesten bislang vorliegenden Eckdaten die Prognose eines weitgehend ausgeglichenen Finanzergebnisses weiterhin gerechtfertigt.

Ob diese Prognose nach den Anfang September vorliegenden Daten des ersten Halbjahres und der anschließenden Beratungen des Schätzerkreises weiterhin aufrecht erhalten werden kann, bleibt abzuwarten.

Referat 228 hat mit beigefügtem Ministervermerk (Anlage 2) darauf hingewiesen, dass sich aus Sekundärquellen der Renten- und Pflegeversicherung Probleme auf der Einnahmenseite abzeichnen, wobei u.a insbesondere die aktuellen Tarifabschlüsse (häufig "Nullrunden" im 2. Quartal) erst zu einer zeitverzögerten Anhebung der beitragspflichtigen Einnahmen führen werden. Ob der zu erwartende Aufwärtstrend auf der Einnahmenseite im 2. Halbjahr bezogen auf die GKV bei vermutlich ungünstiger Entwicklung im 2. Quartal noch dazu führen wird, dass der Grundlohnzuwachs die vom Schätzerkreis erwartete Größenordnung von + 2,2 % in 2001 auch tatsächlich noch erreichen wird, bleibt abzuwarten.

Ausgabenseitig liegt lediglich für den Bereich der Arzneimittelversorgung über die Daten der ABDA bis einschließlich Juni eine einigermaßen zuverlässige Sekundärquelle vor (vgl. Anlage 3) Danach scheint sich in den Monaten Mai und Juni auf dem hohen Niveau des Vorjahres eine gewisse Abflachung der Ausgabensteigerungen anzudeuten, wobei zu berücksichtigen ist, dass der Ausgabenrückgang im Mai (- 1,7 %) durch den "Arbeitstageeffekt" (2 Arbeitstage weniger im Vergleich zum Mai 2001) die tatsächliche Entwicklung beschönigt, während der Zuwachs von 3,1 % im Juni einen Arbeitstag mehr im Vergleich zum Vorjahresmonat enthält.

000169

Bezogen auf das gesamte 1. Halbjahr 2002 gegenüber dem gesamten 1. Halbjahr 2001 ergibt sich ein Ausgabenzuwachs von 4,4. v. H., wobei dabei der im 1. Quartal geflossene Solidarbeitrag der Pharmaindustrie von rd. 200 Mio. € nicht berücksichtigt ist.

Nach Einschätzung der Abteilung 1 ergibt sich ab der Jahresmitte durch die Umsetzung der Aut-idem-Regelung für die 2. Jahreshälfte ein zusätzlicher Entlastungseffekt von rd. 100 Mio. €.

Weitere valide Erkenntnisse zur Ausgabenentwicklung liegen derzeit noch nicht vor. Insofern wäre eine Aussage, inwieweit sich die Perspektive auf der Ausgabenseite gegenüber den Schätzerkreis-Eckwerten vom Juni 2002 verändern werde, reine Spekulation.

Hinweise der [REDACTED] (vertrauliche Information auf Fachebene)

Eine Anfrage beim zuständigen Finanzabteilungsleiters der [REDACTED] (ge) hat ergeben, dass auch dort die Auswertung für das 1. Halbjahr 2002 noch nicht endgültig vorliegt. Man rechnet jedoch mit einem [REDACTED] nach einem [REDACTED] im 1. Quartal. Dabei ergäben sich ausgabenseitig im Bereich der Arznei- und vor allem der Heilmittelversorgung und bei den beitragspflichtigen Einnahmen im 2. Quartal tendenziell ungünstige Entwicklungen. Dabei ist einnahmeseitig zu berücksichtigen ist, dass die [REDACTED] ähnlich wie die übrigen Ersatzkassen durch die seit 1. April veränderte Regelung der Beitragsbemessung für freiwillig versicherte Rentner überproportional negativ betroffen ist.

Beitragssatzentwicklung:

Der durchschnittliche allgemeine Beitragssatz liegt auch nach der seit Anfang August vorliegenden Beitragssatz- und Mitgliederstatistik zum 01.07.2002 bei 13,99 % (West: 14,00 %, Ost: 13,94 %). Beitragssatzerhöhungen bei einer Reihe von Betriebskrankenkassen zur Jahresmitte haben somit entgegen anderslautenden Spekulationen, die auch Gegenstand einer Parlamentsanfrage von MdB Seehofer waren, nicht dazu geführt, dass der Beitragssatz die 14 %-Marke überschritten hat.. Nicht auszuschließen ist, dass die 14 %-Grenze im Herbst - etwa zum 1. September oder 1. Oktober 2002 - wieder erreicht werden könnte. Bisher gibt es hierfür keine konkreten Anhaltspunkte. Die entsprechende Statistik für diese Monate liegt erst Anfang Oktober bzw. Anfang November 2002 vor.

0049 0228 9414961

- 4 -

Der von MdB Seehofer prognostizierte Beitragssatzanstieg zwischen 0,2 und 0,5 Beitragssatzpunkten zum 1. Januar 2003 wäre rechnerisch zum Ausgleich eines Defizits von rd. 2 - 5 Mrd. € erforderlich. Dies erscheint jedoch nicht nur spekulativ, sondern nach heutigem Erkenntnisstand auch völlig unrealistisch.

Die Notwendigkeit entsprechender Beitragssatzanhebungen könnte sich allerdings dann ergeben, wenn - wie von MdB Seehofer gefordert - die bestehenden, an der Grundlohnentwicklung zu orientierenden Budgets in zentralen Leistungsbereichen (Ärzte, Zahnärzte, Krankenhäuser) kurzfristig ohne erkennbare alternative Steuerungsinstrumente aufgehoben werden und damit der Grundsatz einer einnahmenorientierten Ausgabenentwicklung wegfällt.

III. Zusammenfassende Bewertung und Handlungshinweise:

Gegenwärtig sollte an der Perspektive eines ausgeglichenen Finanzergebnisses auf der Grundlage der aktuell vorliegenden Eckdaten des Schätzerkreises festgehalten werden. Eine valide neuere Beurteilung ist erst auf der Grundlage der endgültig vorliegenden Finanzdaten des 1. Halbjahres unter Berücksichtigung zu erwartender Entwicklungen im 2. Halbjahr möglich. Hierzu sollte sich das BMG frühestens bei der Pressekonferenz Anfang September äußern.

Vorabmeldungen einzelner Krankenkassen und Kassenarten zu den Daten des 1. Halbjahres werden frühestens ab 15. August vorliegen, wobei auch daraus noch keine validen Schlussfolgerungen auf das Gesamtergebnis gezogen werden können.



Dr. Joachim Müller

000171